



## Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

Geschäftsstelle: Sarah Koch · KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn  
Telefon 032 624 4 624 · sarah.koch@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch

### Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 26. August 2024 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte<sup>1</sup> für die bevorstehende V. Kantonsratssession vom 3./4. & 11. September 2024 beraten. Wir informieren Sie nachstehend über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe.

#### 8. RG 138/2024 Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern 2024 und 2025

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Antrag im Sinne der Finanzkommission zu folgen.**

**Begründung:** Der Vorstand der PG W + G begrüsst die Vorlage im Sinne der Finanzkommission. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Schaffung von vollautomatisierten Veranlagungen mit Künstlicher Intelligenz (KI) ist ein sinnvoller Entwicklungsschritt. Auch der Wechsel zu einer automatischen Indexierung ist zu begrüssen. Es ist zudem richtig, dass die Aufhebung der Ertragswertberechnung nicht Teil dieser Vorlage ist. Diese soll zusammen mit der geplanten Steuerstrategie betrachtet werden. Ziel muss es sein, die wirtschaftliche Doppelbelastung von inhabergeführten Unternehmen zu mildern.

#### 19. A 197/2023 Auftrag Remo Bill (SP, Grenchen): Ein flächendeckendes Bauinventar erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen installieren

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.**

**Begründung:** Die Führung eines weiteren Bauinventars auf Kantonsebene führt unweigerlich zu einem steigenden Personalbedarf beim Kanton. Der vorliegende Auftrag ist zudem sehr offengehalten und der Vorstand der PG W + G sieht die Gefahr gegeben, dass auch Geschäftsgebäude (wie beispielsweise eine Papierfabrik) unter Schutz gestellt und danach in einer Umnutzung eingeschränkt werden. Für den Vorstand ist entscheidend, dass dieser Auftrag für Firmen eine Weiterentwicklung oder Umnutzung ihrer Gebäude nicht noch komplizierter macht.

<sup>1</sup> Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

- 20. A 233/2023, Auftrag fraktionsübergreifend: Aufhebung der Altersgrenze des jüngsten Kindes bei der Familienergänzungsleistung (FamEL)
- 21. A 234/2023, Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Erhöhung der minimalen Familienzulagen um 30 Franken (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat grossmehrheitlich, den Anträgen des Regierungsrates (Nichterheblicherklärung) zuzustimmen.**

**Begründung:** Beide Vorlagen führen zu massiven Zusatzkosten bei der Wirtschaft, beim Kanton und den Gemeinden. Dabei ist der Kanton bereits sehr familienfreundlich und einer von vier Kantonen, die überhaupt FamEL haben. Die genaue Kostensteigerung aufgrund einer Erhöhung der Altersgrenze bei der FamEL ist aktuell kaum zu prognostizieren, wird jedoch erheblich sein, da mehr als ein Drittel der FamEL aufgrund des Erreichens der Altersgrenze des Kindes eingestellt wird und mit der Erhöhung die potenzielle Verweildauer verdoppelt sowie die potenzielle Zielgruppe massgeblich erweitert wird. Der Vorstand teilt deshalb die Meinung des Regierungsrates. Mit der kürzlich in Kraft getretenen Gesetzesrevision wurde die Anrechenbarkeit der externen Kinderbetreuung bereits verbessert. Nun sollten erst die Resultate des kantonalen Armutsmonitorings abgewartet werden.

Eine Erhöhung der Familienzulagen war im Rahmen der STAF bereits ein Thema. Sie nun wieder zu bringen, ist eine Zwängerei. Die AKSO könnte ein Jahr von ihren Reserven leben, danach würden die Lohnnebenkosten steigen. Dies trifft die Arbeitgeber und insbesondere die kleinen Unternehmen besonders stark. Für den Grossteil des Vorstands ist dies nicht akzeptabel. Der Bundesrat wird die Teuerung bei den Familienzulagen sowieso noch dieses Jahr überprüfen. Diesen Entscheid gilt es abzuwarten. Wenn schon, wäre es sinnvoll nur jene Familien stärker zu unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind und nicht alle nach dem Giesskannenprinzip. Nicht zuletzt würden diese Vorstösse in Zeiten von Sparmassnahmen auch den Kanton und die Gemeinden als Arbeitgeber zusätzlich belasten. Allein die Erhöhung der Familienzulagen würde die Personalkosten des Kantons um 1.5 Millionen Franken erhöhen.

- 
- 26. A 271/2023, Auftrag Fraktion glp: Schaffung Steuerungsinstrument Staatspersonal

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft im Originalwortlaut zuzustimmen.**

**Begründung:** Es handelt sich bei diesem Auftrag um einen Gegenvorschlag zur 1:85-Initiative. Die Antwort des Regierungsrates darauf erstaunt, denn die Abstimmung verlief keineswegs so klar gegen die Initiative. Um die Kosten in den Griff zu bekommen, ist es entscheidend, dass bei Geschäften nicht nur über die Finanzen gesprochen wird, sondern auch über die Personalkosten. Der Vorstand unterstützt und präferiert deshalb das Geschäft im Originalwortlaut, er kann aber auch mit dem geänderten Wortlaut leben.

---

**40. I 114/2024, Interpellation Hardy Jäggi (SP, Recherswil): IKV2020 - reicht das Kontingent für alle Vereinslotos im Kanton Solothurn?**

Die Interpellation wirft gute und wichtige Fragen auf. Lottos und Tombolas sind in der Bevölkerung und bei Vereinen sehr beliebt. Sie spielen für viele Vereine eine bedeutende Rolle als Einnahmequelle. Gerade für Gewerbevereine sind Gewinne in Form der eigenen Gewerbevereins-Gutscheine äusserst beliebt. Der Vorstand der PG W + G anerkennt, dass mit dem WAG professionelles Lotto verboten werden soll und ein gewisses Missbrauchsrisiko besteht. Allerdings leiden alle Vereine unter der aktuellen Regelung. Der Vorstand fordert deshalb den Regierungsrat auf, eine Erhöhung des Kontingents für den Kanton Solothurn zu verhandeln und das Bewilligungsverfahren für die Vereine unbürokratisch zu gestalten und die Anträge wohlwollend zu prüfen.

---

**50. SGB 105/2024 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2023; Genehmigung**

**51. SGB 106/2024 Leistungsauftrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz für die Jahre 2025-2028; Bewilligung eines Verpflichtungskredits**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den beiden Geschäften zuzustimmen.**

**Begründung:** In den Verhandlungen über die künftige Entwicklung der FHNW wurde entschieden, dass in Basel und Brugg eine neue Hochschule für Informatik geschaffen wird. Im Gegenzug soll der Standort Olten durch die PH erweitert werden. Zudem ist ein Ausbau des Standorts Olten als Weiterbildungshub geplant. Weiterbildung ist ein lebenslanges Thema und eine Stärkung der Weiterbildungsangebote im Wirtschaftsbereich in Olten ist für die Wirtschaft und unseren Kanton sehr wertvoll.

---

Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und spannende Session sowie viele konstruktive Diskussionen.

Sarah Koch, Geschäftsführerin